2021/40 Thema

https://www.jungle.world/artikel/2021/40/juedisches-leben-deutschland-wird-angegriffen

Ein Gespräch mit Igor Matvijets, Mitglied der jüdischen Gemeinde in Halle

»Jüdisches Leben in Deutschland wird angegriffen«

Interview Von **Luise Mosig**

In der Gesamtgesellschaft gab es keine große Auseinandersetzung mit dem antisemitischen und rassistischen Anschlag in Halle vor zwei Jahren. Linke Bündnisse haben eine Großteil der Aufarbeitung übernommen.

Sie haben mit vielen Medien über den antisemitischen und rassistischen Anschlag in Halle gesprochen. Haben Sie den Eindruck, dass Journalistinnen und Journalisten ein ernsthaftes Interesse haben, jüdisches Leben differenziert darzustellen, oder wurden immer dieselben oberflächlichen Fragen gestellt?

Natürlich gibt es schablonenhafte Fragen. Doch man muss bedenken: Wenn man einen Juden in Deutschland interviewt, spricht man mit einem von 200 000 Menschen in der Hoffnung, dass 80 Millionen das mit Interesse lesen. Alle Journalistinnen und Journalisten, mit denen ich Kontakt hatte, waren sensibel für das Thema. Mir ist auch bewusst, dass viele Fragen so formuliert sind, dass man sie als Betroffener vielleicht unnötig findet, aber die Mehrheitsgesellschaft hat auf diese Fragen eben keine Antworten – weil jüdisches Leben leider nicht normal ist in Deutschland.

> »Einen Großteil der Aufarbeitung des Anschlags in Halle haben linke Bündnisse wie ›Halle gegen rechts‹ übernommen.«

Woran zeigt sich das?

Spricht man über den Anschlag und seine Folgen, kommt man nicht darum herum, Grundlegendes erklären zu müssen: Was ist Yom Kippur? Was sind die jüdischen Gesetze? Warum meiden viele Gläubige Elektrizität an Schabbat? Dafür fehlt meist der Platz im Beitrag oder Text, so dass Nuancen untergehen, die ich in den Medien gerne berücksichtigt sehen würde.

In einem Interview neun Monate nach dem Anschlag meinten Sie, in Halle habe sich eigentlich nichts verändert. Würden Sie das noch immer so sagen?

Nach dem Anschlag wurden ein paar vom Land finanzierte Initiativen gegründet. Es gibt jetzt beispielsweise die Recherche- und Informationsstelle Antisemitismus Sachsen-Anhalt, die antisemitische Vorfälle aus der Perspektive der Betroffenen dokumentiert, und eine Kompetenzstelle, die in der jüdischen Gemeinde empowern soll. Das sind alles Fortschritte.

Was ist darüber hinaus geschehen?

In der Gesamtgesellschaft gab es keine große Auseinandersetzung, außer in linken Kreisen, die sich auch vor dem Anschlag kritisch mit Antisemitismus befasst haben. Wenn in der Straße, in der die Synagoge steht, eine Baustelle entstehen sollte, würde die Stadt das Gespräch mit der Nachbarschaft suchen, um für die Baumaßnahme Verständnis zu erzeugen. Die Stadt hat aber bezüglich des Anschlags noch immer kein Gesprächsforum organisiert, obwohl ein Mensch auf dieser Straße in einem der belebtesten Viertel Halles ermordet wurde. Das erschüttert mich.

Einen Großteil der Aufarbeitung haben die wenigen aktiven Menschen der Hallenser Zivilgesellschaft übernommen, durchweg linke Bündnisse wie »Halle gegen rechts«. Die Stadt hat Projekte punktuell gefördert, aber nichts selbst in die Hand genommen.

Wie hat der Anschlag das Gemeindeleben verändert?

Im Nachgang gab es in der jüdischen Gemeinde zwei Positionen. Einige meinen, wir sollten uns der Gesamtgesellschaft öffnen, andere hatten sogar Angst, auf den jüdischen Friedhof zu gehen.

Welche Position haben Sie eingenommen?

Öffnen, aber nicht um jeden Preis. Selbst wenn 20 Menschen einen umarmen wollen, kann es darunter einen geben, der sagt: »Ich hasse euch wie die Pest«, und der diese Öffnung dann missbraucht. Öffnung bedeutet teils auch Schutzlosigkeit. Durch den Anschlag haben die Leute recht bekommen, die immer gesagt haben, dass wir uns auf Teufel komm raus schützen müssen, weil jüdisches Leben in Deutschland nie sicher ist. Der Anschlag hat gezeigt, dass jüdisches Leben auch gefährdet ist, wenn es im Verborgenen stattfindet. Leute, die jüdisches Leben als ihr Hassobjekt auserkoren haben, greifen es an, unabhängig davon, ob es offen oder versteckt gelebt wird.

Die Diskussion gab es also bereits vor dem Anschlag?

Natürlich. Die Synagogentür, deren Sicherheitsanlage ein paar Jahre zuvor von einer jüdischen NGO aus den USA finanziert worden war, war während der Feierlichkeiten zu Yom Kippur verschlossen, das sagt schon alles. Es gab eine ehrenamtliche Security in der Synagoge. Es gab ein Kamerasystem, das den Attentäter gefilmt hat. All diese Vorkehrungen gab es bereits vor dem Anschlag. Auch die Bitten der Gemeinde an die Polizei, Schutzmaßnahmen zu ergreifen, hatte es schon vor dem Anschlag gegeben. Denen wurde eben nur nicht nachgekommen, und irgendwann hat die Gemeinde nicht mehr gefragt. (Das Innenministerium des Landes Sachsen-Anhalt hat dieser Darstellung widersprochen, Anm. d. Red.)

Sie kritisieren, dass der Täter im Prozess als Einzeltäter behandelt wurde. Warum?

Meinem Eindruck nach war nichts von dem, was er als Motivation und Informationsgrundlage genommen hat, seine eigene Schöpfung. Er hat sich Feindbilder aus dem Internet gezogen und sich mit Gleichgesinnten in Foren ausgetauscht. Als der Hass weit genug gekeimt war, hat er gezielt nach der jüdischen Gemeinde gesucht. Er ist niemand, der plötzlich einen Hass gegen eine Person in seinem Dorf entwickelt hat, weil er im Supermarkt mal mit ihr aneinandergeraten ist.

Die Gefahr beim Label des Einzeltäters ist, dass die meisten Leute denken, das Problem sei abgehakt, sobald der Täter hinter Gittern sitzt. Das ist es eben nicht. Der Hass im Internet ist immer noch da, die Bauanleitungen für die Waffen kursieren dort sicherlich auch noch. Andere Leute können all das nutzen. Zudem wurde der Attentäter von Halle durch andere Attentate inspiriert, er hat sich mit diesen Taten sehr genau beschäftigt. In dem Sinne ist er auch kein Einzeltäter. Er hat seine Tat an diesem Tag allein begangen, aber alles, was davor und danach passierte, zeichnet nicht das Bild eines Einzeltäters.

Was muss passieren, damit sich dieser Tätertypus nicht weiter ausbreitet?

Die Resonanzräume für Hass müssen verkleinert werden. Das leisten Projekte wie »Schule ohne Rassismus, Schule mit Courage«, muss aber verstärkt werden. Es reicht nicht, sich ein nettes Schild an die Tür zu hängen, weil sich eine Klasse ein Jahr lang mit Rassismus beschäftigt hat. Kinder müssen dauerhaft dazu befähigt werden, Widerspruch zu äußern, wenn sie sehen, dass andere Ziel von Hass werden.

Während des Prozesses hat man gemerkt: Der Attentäter fühlte sich nicht wie ein Einzeltäter, sondern wie ein Repräsentant einer in Sachsen-Anhalt verbreiteten Meinung. Dem muss man widersprechen, überall: im Betrieb, in der Schule, auf der Straße.

Was sollte noch geschehen?

Leute, die mit Kindern und Jugendlichen in Kontakt stehen, müssen für Radikalisierungswege sensibilisiert werden, um zu verstehen, wie sich Menschen verhalten, bevor sie sich radikalisieren. Das gibt es in der Islamismusprävention schon, das Gleiche sollte man beim Rechtsextremismus tun. Im Prozess wurde deutlich, dass der Attentäter lange vor dem Anschlag aus seinem rassistischen und antisemitischen Weltbild kein Geheimnis gemacht hat, in der Schule, bei der Bundeswehr. Aber in seinem Umfeld war das halt nichts Schlimmes. Das ist das Schlimme.

Wie haben Sie den Prozess gegen den Attentäter erlebt, der im Dezember vorigen Jahres mit der Verurteilung des Täters zu lebenslanger Haft mit anschließender Sicherungsverwahrung endete?

Es war sehr schön zu sehen, wie die Nebenklage aufgetreten ist: Dieses Zusammenspiel von muslimischen, jüdischen und queeren Personen, die dem Attentäter und der Öffentlichkeit gezeigt haben, wie wehrhaft sie sind. Die Zivilgesellschaft aus Magdeburg und Halle hat den Prozess sehr gut begleitet und eine Öffentlichkeit für Betroffene von Hass geschaffen. Ich habe auch daran teilgenommen und ein paar Reden gehalten.

Sie kritisieren, dass in der politischen Aufarbeitung des Anschlags die Perspektive der Betroffenen nicht ausreichend berücksichtigt wird. Was meinen Sie damit?

Zum Beispiel, dass die Gedenkfeier zum ersten Jahrestag an Schabbat stattfand – ganz banale Dinge, die einmal mehr zeigen, wie wenig die Mehrheitsgesellschaft über jüdisches Leben weiß. Dass die Polizei unmittelbar nach dem Anschlag nicht sensibel mit den Leuten umgegangen ist, die da gerade Yom Kippur gefeiert hatten, worüber zum Glück ausführlich berichtet wurde. Dass auf den Gedenktafeln nur von einem »antisemitischen Terroranschlag« die Rede ist, obwohl es auch ein rassistischer Anschlag war. Daran merkt man, dass Politik in Sachsen-Anhalt von Menschen ohne migrantischen oder jüdischen Hintergrund gemacht wird.

© Jungle World Verlags GmbH